



Interviews

Datum: 12. September 2022

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Staatssekretärin Franziska Brantner, Bündnis 90/Die Grünen

Barbara Schmidt-Mattern: Ich kann jetzt darüber sprechen mit Franziska Brantner von den Grünen, Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium. Schönen guten Morgen, Frau Brantner.

Franziska Brantner: Guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern.

Schmidt-Mattern: Wir haben es gerade gehört: Der ukrainische Präsident Selenskyj verstärkt den Druck auf den Westen, auch speziell auf Deutschland noch einmal mehr. Auf der anderen Seite erklärt die deutsche Außenministerin, Ihre Parteifreundin Annalena Baerbock, der Ukraine weiter beizustehen, ohne da konkret von Waffenlieferungen zu sprechen. Das Haus, in dem Sie arbeiten, das Bundeswirtschaftsministerium, ist ja für die Genehmigung von Waffenexporten zuständig. Wann liefern Sie?

Brantner: Erst mal würde ich auch gerne sagen, dass das ein großer Erfolg für die Ukraineerinnen und Ukrainer ist und dass wirklich die nächsten Wochen und Monate entscheidend sind, nicht nur für die Ukraine, sondern für die Ordnung in Europa. Deswegen ist es dringend nötig, dass im Rahmen des westlichen Bündnisses man sich schnell überlegt und dann auch entscheidet, welche weiteren Waffenlieferungen jetzt nötig sind. Das ist der Rahmen, in dem das passieren muss, schnell, zügig, damit wir dann weiter an der Seite der Ukraine standhaft stehen können. Wir werden übrigens auch im Energiebereich helfen.

Schmidt-Mattern: Auf den Energiebereich kommen wir gleich noch zu sprechen. Bleiben wir noch einen Moment bei der Waffenfrage. Wie funktioniert denn derzeit der Austausch mit dem Bundesverteidigungsministerium, das ja bisher eher auf der Bremse steht, vor allem bei der Frage, ob man noch aus Bundeswehrbeständen liefern soll?

Brantner: Wir haben den Bundessicherheitsrat in Deutschland. Das heißt, es ist nicht die Entscheidung eines Ministeriums bei solchen Fragen, sondern mehrerer, der gesamten Bundesregierung. Das ist auch richtig und wichtig. Das sind ja weitreichende Konsequenzen, die solche Entscheidungen haben. Dort stimmen wir das gemeinsam gut zusammen ab. Aber vor allem geht es jetzt darum, im westlichen Bündnis hier die nächsten Schritte zu entscheiden.

Schmidt-Mattern: Da hat ja sogar die US-Botschafterin sogar gestern Abend im ZDF vorsichtig, aber doch signalisiert, mehr deutsche Unterstützung für Kiew, das sei nicht schlecht. Da nimmt doch der Druck auf die Bundesregierung zu.

Brantner: Ich denke, dass wir alle in Europa, im Westen jetzt noch mal überprüfen müssen, welche Schritte der Ukraine helfen können in diesen entscheidenden Momenten. Das ist eine gemeinschaftliche Verantwortung und Aufgabe und der werden wir uns auch stellen.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Schmidt-Mattern: Eine Frage noch zu den Bundeswehrbeständen. Wenn Sie da noch keine Aussage treffen können oder wollen, müsste denn die deutsche Rüstungsindustrie, müsste und könnte sie schneller liefern?

Brantner: Die deutsche Rüstungsindustrie ist hier sehr engagiert mit dabei. Ich denke, es ist jetzt wirklich die Frage, dass wir politisch im Rahmen der NATO mit unseren Partnern, den Franzosen, den Amerikanern, den Briten gemeinsam schauen, was nötig ist. Ich werde da auch nicht weitergehen, weil wir werden keinen deutschen Alleingang machen. Das macht in so einer Situation auch keinen Sinn.

Schmidt-Mattern: Das andere große Thema, auch innerhalb der Ampel-Koalition durchaus umstritten, ist die Energiepolitik, für die wir uns auch verabredet haben in diesem Interview, vor allem die Atomkraft. Robert Habeck, der Bundeswirtschaftsminister hat die Notfallreserve vorgeschlagen. Die FDP pocht weiterhin auf eine reguläre Laufzeitverlängerung. Nun schrieb Ihnen ein Kraftwerksbetreiber in der vergangenen Woche, das geht so technisch gar nicht mit diesem Reserveplan. Seitdem herrscht Schweigen auf allen Seiten. Welche Lösung kommt denn nun für die drei Atomkraftwerke in Deutschland?

Brantner: Die Aufregung der letzten Tage fand ich etwas motiviert, weil wenn man sich einerseits anschaut, wie desolat die Lage in Frankreich ist aufgrund ihrer Atomkraft, ist das nicht für mich das, was mir Appetit macht, darin die deutsche Zukunft zu sehen. Zweitens haben wir ja beschlossen, dass wir, wenn nötig, auf Abruf einen Streckbetrieb machen, die Brennelemente ausbrennen, wenn es nötig ist. Die technischen Fragen wurden vorher geklärt, die werden jetzt weiter geklärt, und natürlich sind wir in der Lage, wenn es in einer Extremsituation nötig ist, hier die Brennelemente ausbrennen zu lassen, aber nur, wenn es nötig ist. Ich verstehe es nicht! Es ist mir wirklich schleierhaft, wieso jemand in Deutschland ein Risiko eingehen will, wenn es nicht nötig ist. Statt sich einen abzurechen, sollte Söder lieber mal dringend den Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern voranbringen. Das würde uns wirklich helfen.

Schmidt-Mattern: Der bayerische Ministerpräsident spricht sich ja auch für eine Laufzeitverlängerung aus. - Sie sagen, die technischen Fragen werden weiter geklärt. Verstehe ich das richtig, dass bei dieser Notfallreserve immer noch nicht geklärt ist, ob das technisch möglich ist?

Brantner: Doch! Das geht natürlich technisch. Es ist ja ein Ausbrennen auf Abruf und das funktioniert. Übrigens gab es ja einen Antwortbrief unseres Ministeriums an den Betreiber. Seither ist da auch nicht noch mal wieder was gekommen. Aber ich möchte es noch mal klar sagen: Es geht hier darum, Risiken abzuwägen, und wir werden ein Risiko – und jeden Tag ein Atomkraftwerk länger laufen zu lassen, ist ein Risiko – nur eingehen, wenn es nötig ist. Das „nötig“ werden wir rechtzeitig entscheiden, damit wir in Deutschland gut durch diesen Winter kommen, und dann sind wir auch bereit, es einzugehen. Aber wenn es nicht nötig ist, dann brauchen wir kein Risiko einzugehen. Die Entscheidung ist sinnvoll und das Wichtige jetzt in diesen Tagen ist vor allen Dingen, dass wir die Preise runterbekommen, und dafür müssen wir Putin das Schwert aus der Hand greifen, was er hat, dass er über den Gaspreis

auch noch den Strompreis manipuliert. Das gehen wir jetzt europäisch an, um hier endlich den Strompreis zu befreien vom Gaspreis. Das ist das Wichtige, das bringt die Preise runter. Da sitzen wir mit Nachdruck dran und die Kommission wird diese Woche noch dafür Vorschläge vorlegen.

Schmidt-Mattern: Die Schweiz beschließt gerade den Standort für ein neues Endlager in der Nähe der deutschen Grenze und wir sind außerdem in der Europäischen Union umgeben von vielen Mitgliedsstaaten, die die Atomkraft befürworten. Da gilt Deutschland manchen auf europäischer Ebene als ein bisschen egoistisch, weil es wir uns nur um unsere Wirtschaft kümmern würden und im Winter müssten wir womöglich Energie bei den anderen anfragen. Ist etwas dran an diesem Egoismus-Vorwurf?

Brantner: Nein! Wir sitzen in einem europäischen Markt, und das ist auch gut so. Aktuell helfen wir sehr, sehr stark zum Beispiel Frankreich. Ich habe es gerade erwähnt: Die dortige Lage ist desolat und wir exportieren viel Strom. Wenn es anders herum nötig ist, wäre in Frankreich wahrscheinlich auch Gas für uns zur Verfügung. Das ist ein gegenseitiges Nehmen und Geben. Das ist auch richtig so. Das Wichtige ist, dass wir jetzt am Markt-Design arbeiten. Wir haben in Europa ein Markt-Design, das den Strompreis an den Gaspreis koppelt. In normalen Zeiten macht das Sinn, aber in Kriegszeiten nicht, und deswegen müssen wir jetzt hier die Zufallsgewinne auch abschöpfen. Wir müssen vor allem den gemeinsamen Gaseinkauf voranbringen, damit wir die Preise senken können. Das gehen wir jetzt europäisch wirklich konsequent an. Frau von der Leyen wird diese Woche noch Vorschläge vorlegen. Das macht europäisch gemeinsam den Unterschied.

Schmidt-Mattern: Nun gibt es aber gerade bei einer Deckelung des Gaspreises auf europäischer Ebene noch sehr viel Widerspruch. Wie soll da eine schnelle Einigung gelingen? Vor allem Ungarn und die Osteuropäer sind dagegen.

Brantner: Wir sehen, dass es sehr viele unterschiedliche Modelle gibt, wie man hier vorankommen kann. Ein sehr zentraler Baustein dafür ist, dass wir vom Preisnehmer zum Preissetzer werden, dass wir gemeinsam Gas einkaufen als Europäer. Das ist eigentlich für alle klar, dass wir dort jetzt stärker vorankommen müssen. Auch dafür wird jetzt die Kommission noch mal Vorschläge machen. Das sind die zentralen Punkte und Frau von der Leyen hat am Freitag letzter Woche zugesagt, diese Woche jetzt mit Vorschlägen zu kommen. Darüber hinaus werden wir in der Zwischenzeit, bis diese Preissenkung wirkt, natürlich unsere Unternehmen retten, den Rettungsschirm breit machen über den Mittelstand. Das ist das, was wir jetzt gleichzeitig in Deutschland voranbringen, eine Strompreisbremse für die Verbraucher. Das sind die wichtigen Punkte, die es jetzt anzugehen gilt.

Schmidt-Mattern: Sehen Sie denn in der Energiepolitik weiter wirklich den europäischen Zusammenhalt, für den auch gerade die Kommissionspräsidentin immer wieder wirbt in Kriegszeiten, oder scheren da nicht doch viele aus und es gibt da doch noch eine gewisse Kakophonie bei der Frage, wie die Versorgungssicherheit am besten gewährleistet wird?

Brantner: Ich bin, ehrlich gesagt, überrascht und froh darüber, wieviel Zusammenhalt es hier gibt und dass alle sehen, dass, wenn wir uns streiten, nur einer gewinnt, und das ist Wladimir Putin, und dass man sich deswegen wirklich zusammenrauft und sagt, wir müssen jetzt die Preise senken, wir müssen sparen und wir müssen bei den Erneuerbaren vorankommen, dass auch keiner bereit ist, den Klimaschutz und die Transformation aufzugeben, weil alle wissen, jedes Windkraftwerk, jede Solaranlage bringt uns einen Schritt weiter weg aus dieser Misere. Das ist eigentlich, finde ich, großartig, auch wenn es manchmal über die Wege noch Differenzen gibt, aber an sich ist die Richtung klar und daran arbeiten wir auch mit aller konstruktiven Kraft, dass wir hier schnell vorankommen.

Schmidt-Mattern: Apropos Klimaschutz, Sie haben es gerade angesprochen. Vor Kriegszeiten war immer das große Projekt von Ursula von der Leyen der sogenannte „Green Deal“, quasi ein Grünes Europa aufzubauen, ein emissionsfreies Europa. Dieser Plan ist jetzt völlig in den Hintergrund gerückt?

Brantner: Nein, zum Glück nicht. Weder Frau von der Leyen gibt ihn auf, noch wir geben ihn auf, sondern wir sehen überall eine unglaubliche Beschleunigung bei der Transformation weg von den fossilen Energien, hin zu erneuerbaren, hin zu Effizienzen auch, hin zu Ressourcen-Effizienzen. Das ist wunderbar, weil wir natürlich auch sehen, dass wir jetzt es schaffen könnten, uns hier unabhängiger zu machen, und dieses Momentum nutzen, uns auf neue Füße zu stellen. Frau von der Leyen gibt das nicht auf, die Mitgliedsstaaten nicht, jetzt wird ja noch mit dem Parlament verhandelt. Das war diesmal etwas weniger ambitioniert als die Mitgliedsstaaten, aber ich bin auch zuversichtlich, dass dort jetzt gute Ergebnisse rauskommen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.